Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint täglich außer Montags. Bezugspreis monatlich 4,50 Mk., bei der Post 4,61 Mk., ohne Bestellgeld. Anzeigenpreise: 1 mm hohe, 35 mm breite Zeile 30 Pfg. Wohnungs- und Stellengesuche 20 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß lt. Tarif. Jeder Rabatt fällt bei Konkursen, gerichtlichen Klagen u. Nichtbeachten der gemachten Zahlungsbedingungen.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" gewährt ihren Abonnenten für jeden mit Tod endenden Unfall gemäß ihren Bedingungen **300 Mark Unfall.**

Druck u. Verlag v. Carl Braus, Schwerte (Ruhr)

Fernsprecher 62. Telegramm-Adresse: Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonto 283 Köln.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr 134. Donnerstag, den 10. Juni 1920. 53. Jahrgang.

Was wird nun?

Die Schwierigkeiten der neuen Mehrheitsbildung.

Als feststehend kann schon jetzt gelten, daß bei den Reichstagswahlen die Regierungsparteien eine Niederlage erlitten haben und die Mehrheitsverhältnisse der Parteien sich stark verschoben haben. Das Volk hat sein Urteil gesprochen, es hat sich eine große Unzufriedenheit mit den jetzigen Zuständen gezeigt. Man will es anders haben. Aber in welcher Richtung anders? Darin liegt das große Problem, das jetzt zu lösen ist. Die Opposition von beiden Seiten, von rechts und links, ist gewaltig angewachsen. Das Mehrheitsverhältnis zwischen den beiden großen Gruppen der bürgerlichen und der sozialistischen Partein ist ungefähr das gleiche geblieben, nur innerhalb dieser Gruppen haben sich die Stimmen nach der radikalen Seite verschoben. Die Gegensätze haben sich also verschärft, und es ist jetzt sehr schwierig geworden, eine Koalition zu bilden, die die Gegensätze überbrückt oder wenigstens eine so starke Mehrheit hinter sich hat, daß sie auch eine starke Gegnerschaft ertragen kann.

Es gibt verschiedene Kombinationen, an die man schon gedacht hatte. So wurde z. B. an den Anschluß der Deutschen Volkspartei an die bisherige Koalition gedacht. Doch dem steht entgegen, daß die Sozialdemokraten, die vor den Wahlen eine starke Schwenkung nach links vorgenommen haben, jedes Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei mit tönenden Worten weit von sich gewiesen haben. D. h. nur sozialdemokratische Führer, allen voran Reichskanzler Müller, sprachen dies aus, die Partei als solche hat dazu noch gar keine Stellung genommen.

Von Seiten der Rechten wünscht man am liebsten eine rein bürgerliche Mehrheit, bestehend aus den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und eventuell den Demokraten. Eine solche Regierung würde die gesamte sozialistische Arbeiterschaft als erbitterte Gegner geschlossen und einig gegen sich haben. Und gegen die gesamte Arbeiterschaft zu regieren, diese Einsicht ist auch bis zur äußersten Rechten gedrungen, ist heutzutage ganz unmöglich.

Von sozialistischer Seite wird aber auch die Möglichkeit einer reinen Arbeiterregierung erwogen, hierzu müßten allerdings S. P. D. und U. S. P. D. die absolute Majorität des Parlaments gewinnen. Sollten sie diese erreichen, so denkt man eventuell noch an den Anschluß der demokratischen und christlichen Arbeiter. Aber auch für diese Möglichkeit gilt im umgekehrten Sinne dasselbe, wie für die vorher genannte, gegen das gesamte Bürgertum ist es einer rein sozialistischen Regierung gleichfalls auf die Dauer unmöglich, etwas Ersprießliches zu leisten. Außerdem ist es doch noch sehr fraglich, ob sich die christlichen Arbeiter einer rein sozialistischen Koalition anschließen würden.

Also: Rechtsregierung unmöglich, Linksregierung unmöglich, einer Mittelkoalition stellen sich aber sehr große Schwierigkeiten entgegen. Die Aufgabe, eine Lösung des Problems zu finden, liegt ausschließlich in den Händen des Reichspräsidenten Ebert. Wahrlich keine leichte Aufgabe, an deren Lösung Präsident Ebert zum ersten Male in aller Oeffentlichkeit seine Befähigung zum Staatsoberhaupt zu erweisen haben wird. Denn gleich nach den Wahlen hat das bisherige Kabinett seine Demission eingereicht und der Reichspräsident muß, ohne sich auf ein Parlament stützen zu können, ein neues Kabinett bilden. Denn, um es nicht zu vergessen, am 21. Juni ist die Konferenz von Spaa, bis dahin muß ein eingearbeitetes Kabinett da sein, bis dahin ist aber der Reichstag noch lange nicht arbeitsfähig.

Erzbergers Wiederwahl.

bb Stuttgart, 9. Juni. Der Streit um Erzberger war Gegenstand einer Besprechung in der Stuttgarter Zentrumspartei. Wie das Organ des Zentrums, das „Deutsche Volksblatt", berichtet, führte dabei Ministerialrat Bucher u. a. aus: Es ist bedauerlich, daß in der Zentrumspartei die persönlichen Gegensätze gegen Erzberger eine so große Bedeutung haben annehmen können. Nachdem sich die Wähler für Erzberger entschieden haben, darf nicht mehr gegen ihn Stellung genommen werden, und die andern haben zu schweigen. Wir haben doch auch den Bayern oder den Rheinländern nicht vorgeschrieben, wen sie wählen dürfen. Wir Schwaben sollen uns vorschreiben lassen, wem wir unser Vertrauen schenken. Wenn wir Erzberger wählen, dann ist der Fall erledigt, dann muß die Fraktion ihn aufnehmen.

Dem entgegen steht folgende Meldung:

Erzberger zum Verzicht bereit.

bb Fulda, 9. Juni. Erzberger will alsbald nach der Reichstagseröffnung sein Mandat niederlegen, falls seinem Eintritt in die Zentrumsfraktion erhebliche Schwierigkeiten bereitet würden. Er setzt das Parteiinteresse über das persönliche und will nicht grollend beiseite stehen.

Das Programm der deutschen Volkspartei.

Die Nationalliberale Korrespondenz veröffentlicht folgende programmatische Erklärung, die angesichts der aller Wahrscheinlichkeit nach bestehenden Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung beachtenswert ist. Die Staatsautorität, die durch das bisherige Parteisystem zu Grunde gewirtschaftet worden ist, muß als erste Voraussetzung gedeihlicher Regierungsarbeit wieder aufgerichtet werden. Es muß in Zukunft aufhören, daß die obersten Reichs- und Staatsämter nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nach dem Schlüssel der zahlenmäßigen Fraktionsstärke verschachert werden. Es muß aufhören, daß man den Stelleninhabern Unterstaatssekretäre und Kommissare auf den Nacken setzt, die als Parteifunktionäre eine völlig verfassungswidrige Kontrolle ausüben. Nichts weiter darf in Zukunft für die Auswahl unserer Regirungsmänner und unserer Verwaltungsbeamten maßgebend sein, als der Grundsatz persönlicher Tüchtigkeit und sachlicher Befähigung. Ihnen ein Betätigungsfeld zu sichern an Stelle von unfähigen Parteifunktionären und Parteistrebern, würde die erste Sorge der Deutschen Volkspartei sein. Wie hier parteipolitischer Mißbrauch beseitigt werden muß, so sollten auf der andern Seite aber auch die wirtschaftlichen Fragen dem Bannkreis der Politik entrückt werden. Deshalb fordert die Deutsche Volkspartei für die Kammer der Arbeit ein Votorecht in wirtschaftlichen Fragen, das höher stehen muß, als der parteipolitische Maßstab, mit dem das Parlament wirtschaftliche Fragen zu messen pflegt. Für die Sicherung des Arbeitsfriedens fordert die Deutsche Volkspartei obligatorische Schiedsgerichte, deren Entscheidung unter allen Umständen sowohl gegen Arbeitgeber wie gegen Arbeitnehmer Geltung verschafft werden muß. Noch dringender als Wirtschaft und Verwaltung bedarf die Behandlung der auswärtigen Politik einer neuen Orientierung. Als Grundlage fordert die Deutsche Volkspartei hier Nationalbewußtsein an Stelle kosmopolitischer Schwärmerei und zielbewußte von fähigsten Händen geleitete Arbeit, die Deutschland auf Grund der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft in Europa wieder zur Geltung bringt.

Wer bildet die neue Regierung?

TU Berlin, 10. Juni. Von einer parlamentarischen Persönlichkeit, die vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden soll, ist die Besetzung des Kabinetts durch unparlamentarische Fachminister ernsthaft erwogen worden. Ein solches Ministerium sei denkbar, wenn es Vertretern der Gewerkschaften, der Industrie und der Landwirtschaft gelingen sollte, sich zu einer tragfähigen Basis zu einigen. Zur Kontrolle könnten Parteimänner eingesetzt werden, die als politische Verbindungsoffiziere des Parlaments gelten könnten.

TU Berlin, 10. Juni. Gestern hatte Reichspräsident Ebert längere Besprechungen mit dem Reichskanzler Hermann Müller und später auch mit dem Vizekanzler Koch. Zunächst dürfte Hermann Müller mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt werden und sich zuerst an die unabhängigen Sozialdemokraten wenden, um sie zum Beitritt der bisherigen Koalition aufzufordern. Nach den Presseäußerungen der radikalen Linken zu urteilen, wird er dabei auf eine ablehnende Haltung stoßen. Immerhin wird eine solche Anfrage bei der unabhängigen Sozialdemokratie vor Ablauf der Woche keine Erledigung finden können, weil die zuständigen Persönlichkeiten dieser Partei früher nicht in der Lage sein werden, eine solche Anfrage entgegenzunehmen. Die maßgebenden Führer sind zur Zeit noch nicht in Berlin. Dagegen trifft heute der Chef der Zentrumspartei, der Abg. Trimborn, aus Köln in Berlin ein, um mit seinen Parteifreunden zu beraten. Eine unverbindliche Besprechung der demokratischen Minister und der zur Zeit in Berlin weilenden demokratischen Abgeordneten fand gestern nachmittag beim preußischen Handelsminister Fischbeck statt.

TU München, 10. Juni. Der Geschäftsträger Wilhelm Meyer äußerte sich über die politische Lage wie folgt: Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Notwendigkeit einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage bei den demnächst stattfindenden Verhandlungen der Parteiführer als zwingend anerkannt wird und dieser vaterländischen Notwendigkeit Parteirücksichten und Parteimeinungen untergeordnet werden. Eine Mehrheit, in der sowohl die Mehrheitssozialisten als auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum neben den Demokraten vertreten wären, erscheint mir als wünschenswert.

TU Berlin, 10. Juni. Von einer dem Reichspräsidenten nahestehender Seite wird erklärt: Solange noch eine Reihe zum Teil führender Parlamentarier fern von Berlin in ihren Wahlbezirken weilen, solange noch aus diesem Grunde von einer klaren Stellungnahme jeder einzelne der neuen Fraktionen nicht geredet werden kann, ist eine maßgebliche Beurteilung der Lage nicht möglich. Aber so viel scheint sich leider schon übersehen zu lassen, daß es dem Reichskanzler nicht gelingen wird, die widerstreitenden Elemente zu einigen, und daß er, wenn nicht eine unvorhergesehene Wendung eintritt, seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen wird. Dann aber gibt es, falls nicht einem anderen Minister das schwierige Werk gelingt, nur eine Hoffnung auf die Lösung der Krise: den Reichspräsidenten selber. Der Reichspräsident wird die Führer der Parteien zu einer Besprechung einladen und sie dann daran gemahnen, daß einmal das Wohl des Ganzen über dem nicht so wohl begründeten Parteiinteresse steht, und daß vor allem auch der Parlamentarismus den Parteien die Pflicht auferlegt, positive Arbeit zu leisten und nicht müßig beiseite zu stehen.

Neuwahlen zum preußischen Landtage.

Eine Berliner Nachrichtenstelle meldet, daß aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die preußische Regierung die Absicht habe, angesichts der Reichstagswahlen die Arbeiten der Landesversammlung beschleunigen zu lassen, um auch in Preußen bald Neuwahlen ausschreiben zu können. Es sollen nur noch die wichtigsten Arbeiten, Verfassungsreform, Haushalt, möglichst bis Ende Juli erledigt werden.

Die Schwierigkeiten von Spaa

Die gesamte französische Presse gibt zu, daß die Konferenz von Spa noch wenigstens 14 Tage aufgeschoben werden müsse. Die Ursache liegt — was die Presse natürlich verschweigt — darin, daß zwischen den Alliierten die größten Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung herrschen. In außerordentlich scharfer Weise nimmt das römische Regierungsorgan „Messagero" zu den letzten Besprechungen in Hythe Stellung. Es schreibt: Die Konferenz von Hythe, in der Frankreich und England ohne Zustimmung Italiens 55 und 20 Prozent der deutschen Entschädigung sich zuerkannten, kann keinen Wert für Italien haben. Italien habe an der Seite der Entente den Krieg geführt und fordere, daß es jetzt an den Dorteilen bezw. an der Entschädigung teilhaben müsse. Diesen Anteil Italiens beziffert das Blatt auf 15 Prozent der deutschen Entschädigung. Im übrigen teilte die italienische Regierung der belgischen mit, daß sie auf der Konferenz von Spaa durch den Ministerpräsidenten Nitti, den Minister des Aeußern und den italienischen Gesandten in Paris vertreten sein werde.

Ententedruck auf Konferenzteilnahme Amerikas.

„Neuyork Herald" meldet: Die Alliierten richteten eine dringende Aufforderung an Amerika, an der Konferenz von Spaa teilzunehmen. Wenn man in Spaa über die finanziellen Forderungen der Alliierten entscheide, und die deutsche Entschädigung festgesetzt werden solle, dann werde Amerika später nicht mehr in der Lage sein, seine finanziellen Forderungen geltend zu machen, während andererseits auch Amerika seinen Anteil an der Entschädigung beanspruchen müsse.

Das Zukunftsbild Deutsch-Oesterreichs.

Ein Kolonialland im Herzen Europas.

Nach zuverlässigen Meldungen wird der Wiedergutmachungsausschuß, wie aus Wien gemeldet wird, dessen unumschränkte Machtbefugnisse ihn zum eigentlichen Träger der Staatshoheit und Oesterreich zum Rang einer Ententekolonie herabgedrückt, seine Tätigkeit am 20. Juni aufnehmen. Von diesem Tage an wird also die politische und wirtschaftliche Versklavung Deutsch-Oesterreichs ihren Lauf nehmen.

Geradezu ungeheuerlich schreibt hierzu ein Sonderberichterstatter der „Voss. Ztg.", sind die Eingriffsrechte in die inneren Angelegenheiten Deutsch-Oesterreichs, die sich der Wiederherstellungsausschuß vorbehält. Die Republik wehrte sich gegen ein Oberhaupt, sie wird eins erhalten. Der Ausschuß wird das internationale Herrenhaus sein, das über die Nationalversammlung gestellt wird. Mehr noch: Er wird auch Vormund und Souverän des armen Landes sein. Eine Note kündigt an, daß Monopole, Kunstgegenstände, der Besitz des ehemaligen Kaiserhauses usw. von dem Ausschuß kontrolliert und verwaltet werden, daß der Verkauf alles öffentlichen Eigentums des Staates, der Länder und Gemeinden ohne Zustimmung des Ausschusses ungültig ist und — der Gipfel aller Zumutungen — daß die deutsch-österreichische Nationalversammlung

vom Ausschuß beantragte Gesetze annehmen muß, die sich auf den Verkauf österreichischen Privateigentums und öffentlichen Eigentums im Auslande beziehen. Damit nicht genug, heißt es: „Der Wiederherstellungsausschuß wird in dem Maße, als dies wünschenswert erscheint, gegebenenfalls die Erhebung von Steuern, Taxen, Gebühren und anderen Revenüen der österreichischen Regierung in die Hand nehmen und beaufsichtigen."

Kabinettskrise in Italien

Demission des Kabinetts Nitti.

Infolge der ungünstigen parlamentarischen Lage hat das Kabientt Nitti seinen Rücktritt beschlossen, da auch die radikalen und liberalen Demokraten beschlossen haben, die sozialistische Vorlage gegen den Brotpreis zu unterstützen und somit zur unversöhnlichen Opposition übergegangen sind. Nitti beeilte sich daher, sofort nach Wiedereröffnung der Kammer die Rücknahme der Brotpreise und den Rücktritt des Kabinets anzukündigen. Das Ministerium bleibt nur im Amte, um die laufenden Arbeiten zu erledigen und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Kammer ist nach einer stürmischen Debatte, in deren Verlauf es zu Tätlichkeiten kam, bis zur Lösung der Ministerkrise vertagt worden.

Ein finnisch-schwedischer Konflikt

Zwischen Finnland und Schweden scheint es wegen der Alandsinseln zu einem ernsten Konflikt kommen zu sollen. Es handelt sich um den Wunsch der Aländer, an Schweden zu kommen, während Finnland die Alandsinseln als finnisch betrachtet. Die Aländer haben vor kurzem erst diesen Wunsch in einer feierlichen Erklärung den Schweden zukommen lassen, ebenso der Friedenskonferenz. Die Entscheidung dieser Frage steht der Friedenskonferenz bezw. dem Obersten Rat zu. Doch sind die beiden beteiligten Regierungen schon ziemlich ernst aneinandergeraten. Anläßlich der Verhaftung der beiden Aländer Sundblom und Björkman erhielt der schwedische Gesandte in Helsingfors den Auftrag seiner Regierung, bei der finnischen Regierung Vorstellungen zu erheben und Erklärungen darüber einzuholen, inwiefern die Verhaftung von dem Schritte der Alandbevölkerung veranlaßt wurde, die sich an Schweden, die Friedenskonferenz und die Großmächte gewandt hat wegen ihres Rechtes, sich durch Volksabstimmung über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die finnische Regierung hat ebenfalls der schwedischen Regierung anläßlich der Alandsaktion eine Note zugestellt, deren Inhalt vorläufig geheim gehalten wird. Ein erstes finnisches Truppenkontingent ist bereits in Aaland gelandet. Angesichts der Zuspitzung des Alandskonflikts herrscht große Verstimmung. Es wird sogar von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen.

Der polnisch-russische Krieg.

Die russische Offensive an der Beresina zusammengebrochen?

Der letzte polnische Generalstabsbericht meldet: Auf Grund der zuletzt eingegangenen Meldungen kann die bolschewistische Offensive an der oberen Beresina als abgetan gelten. Sie hat dem Feinde nichts als äußerst schwere Verluste eingetragen. In der Ukraine, zwischen Dnjepr und Dnjestr haben die Polen nicht nur alle feindlichen Angriffe abgewiesen, sondern sie stehen auch im Vormarsch gegen Sobolewka und Zabokrzdz. Das berühmte Kavalleriekorps des Generals Budenny, die letzte Hoffnung der Roten Armee, ist vollständig geschlagen worden. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz in der Gegend von Lepel lebhafte Gefechtstätigkeit. Ein Vorstoß am Narocz-See gegen Molodetschno brachte den linken Flügel der Bolschewisten zum Weichen. Die Operationen werden von Marschall Pilsudski geleitet und gehen dank der vorzüglichen Verfassung der Truppen gut vorwärts. Auf der Linie Borissow-Kiew besetzten die Polen Berditschew und halten den linken Flügel der Linie zwischen der Beresina und dem Dnjepr. Zwischen Dnjpr und Dnjestr brach eine Kavallerieattacke der Bolschewisten vor den polnischen Linien zusammen; eine Division wurde vollständig vernichtet. Eine Brigade, die vollständig eingeschlossen wurde, legte die Waffen nieder. — Demgegenüber berichtet der bolschewistische Heeresbericht vom 5. Juni: Zähe Stellungskämpfe an der ganzen polnischen Front. In der Umgebung des Städtchens Ukrivice brachen bolschewistische Abteilungen den starken Widerstand der Polen, die von Tanks und schwerer Artillerie reichlich unterstützt worden sind. Es gelang den roten Truppen, einige Orte zu besetzten. In der Gegend von Kiew dauern die Kämpfe fort.

Verläßt Kautsky Deutschland?

Wie verlautet, trägt sich Karl Kautsky seit längerer Zeit mit der Absicht, sich von der aktiven Politik zurückzuziehen. In weiten Kreisen der beiden sozialistischen Parteien weiß man, daß ihm die heutigen Parteiverhältnisse nicht mehr zusagen. Wie uns von einem der bekanntesten Parlamentarier versichert wird, empfindet Kautsky, der selbst über eine hohe Moral verfügt, den größten Widerwillen vor der gegenwärtigen Korruptionswirtschaft. Vor einiger Zeit hielten bekannte Sozialisten eine Besprechung ab, um sich mit gewissen Dingen innerhalb der Partei zu beschäftigen. Auch Kautsky war geladen. Er konnte aber nicht erscheinen und entsandte deshalb seine Gattin zu dieser Beratung. Ihre Anwesenheit galt den Teilnehmern der Versammlung als Beweis, daß Kautsky die Stellungnahme zu den Mißständen innerhalb der sozialistischen Partei mit lebhaftem Interesse verfolge. Denn seine Gattin ist auch auf politischem Gebiet seine engste Vertraute, mit der er alle politischen Fragen bespricht. Bekanntlich war sie seine Mitarbeiterin bei der Veröffentlichung der Kautsky-Akten. Man rechnet damit, daß Kautsky Deutschland für immer verläßt und nach Wien übersiedelt. Endgültig hat er sich noch nicht entschieden. Augenblicklich weilt er seit einigen Wochen in der österreichischen Hauptstadt. Sollte Kautsky seinen Entschluß wahr machen, so würden die beiden sozialdemokratischen Parteien ihren geistigen Führer verlieren. Der Plan Kautskys, Deutschland zu verlassen und sich von der Oeffentlichkeit zurückzuziehen, kann als Beweis dafür gelten, daß innerhalb der sozialdemokratischen Parteien die Unzufriedenheit über die augenblicklich in ihrer Mitte herrschenden Zustände nicht mehr zu ersticken ist.

Ein Musterwahlbezirk

ist von jeher die Gemeinde Einen im Kreise Warendorf. Sie erblickt stets ihren Stolz darin, mit einer 100prozentigen Wahlbeteiligung an der Spitze der Wahlbezirke des Regierungsbezirks Münster zu marschieren. Bei früheren Wahlen ist ihr dies auch gelungen, so im Jahre 1912, wo sämtliche 61 Wahlberechtigten wählten. Bei der Wahl am 19. Januar 1919, wo sie von 134 „nur" 132 auf die Beine brachte — die 2 Fehlenden waren krank — wurde sie von Alverskirchen überflügelt, wo von 438 Wahlberechtigten nur einer fehlte. Jetzt hat Einen aber anscheinend wieder die Führung, denn von 153 Wahlberechtigten haben 152 gewählt. Von diesen 152 Wahlberechtigten wählten 147 Zentrum und 5 Deutschnational. Ist noch ein Wahlbezirk mit 100 Prozent da, so mag er sich melden.

Außerordentliches Gericht.

Dortmund, 9. Juni. Lediglich zur Niederkämpfung der Kapp-Putschisten ist Gustav Weinhold von Schwerte, Vater von 7 Kindern, am 13.3. unter die Waffen getreten. Nach Niederschlagung des Putsches hat der in sehr gutem Leumund stehende Mann es versäumt, aus der roten Garde auszutreten. Er ist dann auch mit nach Unna, Frömdenberg, Frömern ausgerückt, ohne daß er dabei mit besonderen Taten sich belastete. Uebrigens hat er sich sofort der in Schwerte am Tage vor Ostern ins Leben gerufenen Sicherheitswehr zur Verfügung gestellt. Gegen den Angeklagten wurde auf eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten erkannt. Sieben Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet.

Vom Neubau der Eisenbahn-Hauptwerkstätte.

Die Arbeiten an dem Bau der großen Eisenbahn-Hauptwerkstätte im „Grünkal" nehmen rüstigen Fortgang und auf dem weiten Baugelände, auf dem Hunderte von Arbeitern beschäftigt sind, herrscht eine überaus lebhafte Tätigkeit. Mit zwei großen Dampfbaggern und einer Reihe von Lokomotiven und Bauzügen werden fortgesetzt noch umfangreiche Erdbewegungsarbeiten ausgeführt, um das Baugelände auf gleiche Höhe mit der Eisenbahnlinie Schwerte-Arnsberg zu bringen. Die Lichtendorfer Straße, welche früher das Gelände durchschnitt, ist bereits seit Anfang dieses Jahres in nördlicher Richtung um die Werkstatt herumgeführt. An der südlichen Seite des Geländes wird fleißig an den stattlichen Bauten des Bade-Anstalts-, des Speise- und des Verwaltungsgebäudes gearbeitet, deren äußere Umfassungswände bereits eine ziemliche Höhe erreicht haben. An diese Stelle, die von der Schützenstraße aus hinter der Stressingschen Besitzung eine Zufahrt erhält, wird der Haupteingang der Werkstatt kommen. In der Mitte des großen Baugeländes ist man mit der Montage der gewaltigen Eisenkonstruktion für die große Lokomotivausbesserungshalle beschäftigt, deren Fundamente und Umfassungsmauern bereits im vorigen Jahre errichtet wurden. Diese Halle wird über 200 Meter lang, 80 Meter breit und 16 Meter hoch. In nächster Nachbarschaft von dieser Halle wachsen die Mauern der Kesselschmiede aus der Erde, die mit ihren Ausmaßen von 160 Meter Länge und 56 Meter Breite ein ungefähres Bild von der Größe der ganzen Anlage gibt. Weiter nördlich ist dann noch ein Pförtnergebäude im Entstehen begriffen.

Zunächst werden in der Werkstätte in Doppelschicht etwa 2000 Arbeiter beschäftigt werden. Für die Unterbringung dieser großen Arbeiterschar wird nach der westlichen Seite zu eine Siedelung geschaffen, in der zunächst etwa 500 Familien in Einzelhäusern mit Gärten schöne Heimstätten finden.

Die ganzen Bauarbeiten, an denen von hiesigen Unternehmern die Baufirma Dittrich in hervorragendem Maße beteiligt ist, werden noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Hoffen wir, daß alle die Hoffnungen, die für die Entwickelung unserer Stadt an das große Bauwerk geknüpft werden, in Erfüllung gehen.

Aus Stadt und Land.

** Schwerte, 10. Juni.

** **(Die Wirkung des neuen Posttarifs.)** Nach Mitteilungen verschiedener Blätter soll der Umfang des postalischen Verkehrs „ganz bedeutend zurückgegangen" sein. So meldete in diesen Tagen eine Korrespondenz, daß die dem Reichspostministerium vorliegenden Ergebnisse der ersten zwei Wochen der Portoverteuerung einen etwa 20- bis 30 proz. Rückgang der Reichspsteinnahmen aufwiesen. Demgegenüber erfahren wir an zuständiger Stelle, daß alle bisher verbreiteten Meldungen über im Reichspostministerium vorliegende Ergebnisse über den Rückgang in den Einnahmen infolge der Portoverteuerung verfrüht sind. Die Oberpostdirektionen werden voraussichtlich erst nach einigen Monaten, etwa im August, in der Lage sein, ein abschließendes Urteil darüber abzugeben. Selbstverständlich wird die Entwicklung des Verkehrs und die Einwirkung der Gebührenerhöhung auf den Verkehr im Reichspostministerium aufmerksam verfolgt. Mit einem gewissen Rückgang wird natürlich besonders im Anfang zu rechnen sein. Wie hoch er sich aber beläuft, darüber hat auch das Reichspostministerium noch keine Mitteilung.

** **(Die neue Reisebrotmarke.)** Das Aeußere der Reisebrotmarke ist geändert worden. Der bisherige Aufdruck „Reisebrotmarke" ist fortgefallen. Sie lautet über zweimal 50 Gramm Gebäck. Die Rückseite trägt nebeneinander zweimal den Aufdruck „Deutsches Reich, Reisebrotmarke 50 Gramm Gebäck". Inmitten dieser Aufdrucke befindet sich der in grüner Farbe hergestellte Reichsadler. Sollen nur 50 Gramm Gebäck entnommen werden, so muß die Reisebrotmarke in der Mitte geteilt werden. Der Druck ist wie bisher auf gelbem Papier mit durchlaufendem Wasserzeichen, sowie mit rot und blauen Fasern erfolgt. Bis auf weiteres gelten die alten und neuen Reisebrotmarken nebeneinander. Ein Umtausch der alten in neue Marken ist nicht zulässig. Vom 7. Juni ds. Js. ab findet eine Kürzung der Ration bei Umtausch der kommunalen Brotkarte in Reisebrotmarken nicht mehr statt.

** **(Wieviel Reichsrentner gibt es?)** Die Zahl der Reichsrentner wird 2 Millionen bald erreichen. Schon zu Anfang dieses Jahres liefen nicht weniger als 1 912 030 Renten. Im Laufe des Krieges hat sich die Zahl der Renten um etwa die Hälfte vermehrt. Im Jahre 1915 hatte sie noch 1 339 085 betragen, stieg im folgenden Jahre auf 1 578 856, 1916 auf 1 706 361 und 1918 auf 1 800 407. Dazu kommen 35 366 einmalige Leistungen. Die meisten Renten sind Invalidenrenten mit 985 336. Dann die Waisenrenten nach der Zahl der Waisenstämme mit 494 004, die Altersrenten mit 242 015, die Krankenrenten mit 102 386 usw. Neu festgesetzt wurden im letzten Jahre 362 676 Renten. Die Entschädigungsleistungen erreichten schon 1918 fast 409 Millionen Mark gegen 234 Millionen im Jahre 1914. Davon kamen auf die Versicherungsträger 316 Millionen, auf das Reich fast 93 Million. Vereinnahmt wurden aus Beiträgen über 261 Mill. Das Reinvermögen sämtlicher Versicherungsträger betrug Anfang 1919 über 2450 Millionen Mark gegen 2319 ½ im Jahre vorher.

Taifun.

Roman von Heinz E'Monts.

88) (Nachdruck verboten.)

„Die Verantwortung hatte Sie wohl schwer gedrückt, Vetter? Indessen trösten Sie sich, es ist ja noch alles gut abgelaufen, und morgen abend, wenn meine Leute und meine Hunde sich erholt haben, brechen wir nach der „Windward" auf."

Der Lord suchte, scheu wie ein Verbrecher, den Boden.

„Ich habe die Absicht, hier — auf dieser Insel — auf dieser Insel zurückzubleiben. Die Dokumente, die Sie — die Sie hier in diesem Umschlag finden werden, dürften Sie — über die Beweggründe genügend aufklären."

Er zog aus einer Tasche seiner Joppe einen umfangreichen Brief, den er dem Vetter mit abgewandtem Gesicht und mit bebenden Fingern hinüberreichte.

„Lesen Sie, Vetter, lesen Sie und dann — —"

Der Rest seiner Worte verlor sich in ein undeutliches Murmeln. Ohne die erstaunten Ausrufe und sich überstürzenden Fragen des Kapitäns zu beachten, schritt er aus dem Zimmer.

Als er durch den allgemeinen Aufenthaltsort der Hütte schritt, war Steuermann Malfing gerade beschäftigt, die von den „Windward"leuten mitgebrachte Post zu ordnen. Es waren meist Briefe von besorgten Angehörigen der „Butterfly"besatzung, mit zum Teil undeutlich geschriebenen Adressen, die noch obendrein durch ihre oft recht mangelhafte Rechtschreibung an die Gelehrsamkeit des Steuermanns die größten Ansprüche stellten.

Dick Malfing machte einen linkischen Kratzfuß, als er Sir Holdays ansichtig wurde.

Es versetzte ihn stets in die tödlichste Verlegenheit, wenn er sich genötigt sah, die Hilfe eines Dritten in Anspruch zu nehmen. So etwas vertrug sich, seiner Ansicht nach, schlecht mit der Würde eines Kajütsbewohners, und nur im äußersten Notfall beschritt er diesen ihn so beklemmenden Weg.

„Verzeihung, Sir Holday," sprach er diesen an und errötete dabei wie ein junges Mädchen. „Hier ist ein Brief, dessen Aufschrift mir nicht recht klar werden will. Die Buchstaben sind wohl deutsche und mit diesen vertrackten Krähenfüßen kann ich mich nun einmal nicht befreunden. Vielleicht hätten Sie die Güte, Sir — —"

Mechanisch ergriff Holday das Schreiben und überflog die Adresse mit gleichgültigen Augen.

Es war ein Brief, den der junge Orth von Horsö aus nach Süden flattern ließ, hin nach der kleinen Fränze Reeb, und der als unbestellbar zurückgekommen war.

Die Adressatin sei nach dem Tode ihres Großvaters mit ihrer Tante nach Amerika verzogen; der jetzige Aufenthaltsort sei unbekannt.

So lautete der von dem deutschen Briefträger gemachte Vermerk, mit welchem das Schreiben die Rückreise nach Norwegen angetreten hatte. Von Horsö aus war es dann weiter geändert nach Southampton, dem Heimatshafen der „Butterfly", und von dort schließlich durch die „Windward" hinausgetragen worden bis in diese Eiswüste.

Doch nicht diese abenteuerliche Irrfahrt war es, die Lord Holdays Aufmerksamkeit erregte, die ihn das Schreiben zwischen den Fingern drehen und traumverloren in die Ferne blicken ließ.

Fräulein Franziska Reeb! Wie jeder einzelne der schlanken Buchstaben sich wiegte und schmiegte, wie sie sich aneinanderreihten!

Und sie wuchsen empor zu hohen Bäumen in einem luftigen Laubgang, zu duftenden Rosengirlanden und buntbelaubtem Rebengerank. Die Abendsonne lächelte hervor hinter einem sanftgewölbten Rebenhügel, und fuhr mit goldenen Fingern durch das üppige Haar des schlanken, blauäugigen Mädchens, das weltvergessen sich an die Brust eines fremden Mannes schmiegte. Und der Mann trug seine eigenen Züge, die Züge des einstigen Baronets Holday.

Der Lord empfand mit einem Male eine fürchterliche Glut, die sein Inneres durchlohte. Anderthalb Jahrzehnte, vielleicht auch noch länger, lag dieses flüchtige Idyll zurück. Es war damals, als er an einer Verbindung mit der Lady verzweifelte und in jenem rheinischen Kurstädtchen Heilung seiner zerrütteten Nerven suchte. Da hatte ihm der Zufall die Liebe jenes schönen Mädchens geschenkt, und er mißbrauchte das ihm entgegengebrachte, blinde Vertrauen in der schnödesten Weise, bis — bis —

„Der Brief ist Eigentum meines Stewards," sagte er mit rauher Stimme. „Vergessen Sie nicht, ihm das Schreiben zuzustellen."

Hinauf nach dem Gletscher nahm er seinen Weg. Vielleicht war es der letzte. Er hatte den Vetter verständigt, daß er dort oben zu finden sei und zur Verfügung stände.

Wie seltsam drohend die Sonne dreinblickte! Es däuchte dem Lord ein bitterböses, unheilkündendes Funkeln, genau wie das, welches er im Vorbeischreiten aus den Lichtern zweier Hunde auffing, die sich in stummer Wut ineinander verbissen hatten. Welch merkwürdiges Wolkengebilde über dem Gletscher hin! Fast wie das gelöste Haar, das triefend und straff vom Haupte einer Ertrunkenen niederströhnt.

Der Lord biß die Zähne zusammen.

Und wieder flog sein Geist zurück um lange Jahre. Auf Waterhill Castle war es. Vor einer Stunde hatte ihm der Vater die Nachricht überbracht, daß Gouverneur Holday die Heirat des Neffen mit Lady Blanche voll und ganz billige, und er zitterte vor Begierde, aus den Händen des Onkels die Ersehnte zu empfangen. Da brachte man ihm einen Brief aus Deutschland, den letzten Verzweiflungsschrei einer Unglücklichen, die sterbend ihm Vergebung sandte.

Vergebung!

Holday senkte das Haupt und ging schleppenden Schrittes weiter.

Für ihn gab es keine Vergebung. Die Schuld war zu groß und schrie mit fürchterlicher Stimme zum Himmel. — — —

Kapitän Holday hatte zu Ende gelesen. Er saß und starrte wie geistesabwesend ins Leere. Der erste Anprall all der ungeheuren Verbrechen, die sich da vor ihm entrollten, hatte ihn betäubt, sein ritterlicher und vornehmer Sinn vermochte diese Bergeslast von Bosheit so ohne weiteres nicht zu fassen. Er saß und starrte, und nur mitunter verriet ein Zusammenziehen der feingeschwungenen Augenbrauen, ein krampfhaftes Zusammenballen der Fäuste, daß das Leben überhaupt noch pulsiere in diesem mächtigen, nun wie vom Blitz gefällten Manne.

Allmählich jedoch erwachte er wieder aus seiner dumpfen Versunkenheit, und nun trat mit einem Male all das Gelesene scharf und plastisch vor seine Seele. Die hölzernen, mit den Fellen erlegter Tiere behängten Wände wichen zurück, und er sah mit unheimlicher, brutal grausamer Klarheit. Der Ekel stieg in ihm empor, gleich einem alles überflutenden Schmutzstrome.

Er ging nach einem Wasserbecken und wusch sich demonstrativ die Hände.

„So ein Berg von Schmutz, solch ein Abgrund von Teufelei und Bosheit!"

(Fortsetzung folgt.)

** **(Weniger Zucker?)** Die Aussichten auf Vermehrung der Zuckerproduktion sind leider nicht gut. Bei den hohen Preisen, die der Landwirtschaft für Kartoffeln garantiert und die aus anderen Produkten unschwer zu erzielen sind, ist die Neigung zu einer erheblichen Verstärkung des Anbaues von Zuckerrüben, obwohl auch dafür die Preise gesteigert sind und auch noch eine besondere Zuckerprämie zugesichert ist, nicht so groß, wie wohl erwartet worden war. Man sollte fragen, ob nicht kapitalkräftige Unternehmer den Rübenbau in eigene Hand nehmen könnten. Wer schnell handelt, verdient doppelt.

** **(Holländische Milch.)** „Allgemeen Handelsblad" meldet, daß die Milchlieferung nach dem deutschen Industriegebiet von 50 000 auf 30 000 Liter herabgesetzt wurde. Als im Winter die Mark niedrig stand, zahlte Deutschland einen derartig hohen Preis, daß die Lieferanten in Holland 15½ Cents ausgezahlt bekamen. Die Regierung hatte nämlich so zugezahlt, daß die Milch in Essen an der Ruhr beispielsweise für 1,60 Mark geliefert werden konnte. Jetzt hat die Regierung mit dem System der Zuzahlung gebrochen. Die Gemeinden müssen die Lieferungen selbst bezahlen und haben das Quantum daher herabgesetzt.

** **(Der Westfälische Gustav-Adolf-Verein)** hält seine Jahresversammlung am 22. und 23. Juni in Halle (Westfalen) ab. Es ist sicher zu erwarten, daß wieder alle Ortsvereine der Provinz Westfalen einen oder mehrere Vertreter zu dieser Tagung entsenden. Als Empfänger der Liebesgaben sind in Vorschlag gebracht: das Friedrich-Wilhelm-Stift in Hamm, das Petri-Stift in Höxter, die Gemeinden Heessen, Holtershausen, Laggenbeck und Langewiese.

** **(Keine Fahrpreisermäßigung mehr auf der Eisenbahn.)** Die ermäßigten Fahrpreise auf der Eisenbahn, die anläßlich des Krieges eingeführt worden waren, werden jetzt mit sofortiger Gültigkeit aufgehoben. Hierbei handelt es sich nicht um diejenigen Ermäßigungen, welche den Kriegsverletzten eingeräumt wurden, sondern um die Ermäßigung für jugendliche Helfer und Helferinnen bei Feldbestellungsarbeiten, für Fahrten der Schuljugend zum Sammeln von Pilzen, Laub, Nesseln, Bucheckern, für im neutralen Auslande wohnende Deutsche bei Reisen nach Deutschland zur Herbeiführung eines Wiedersehens mit Verwandten, die zum Heeresdienst einberufen sind, für Handwerkerfahrten zum Wiederaufbau Ostpreußens und endlich für Fahrten zu militärischen Uebungen der Schuljugend.

** **(Die Erhaltung des Hönnetals.)** Für die Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Schönheiten des Hönnetales, die insgesamt eine Aufwendung von 325 000 Mark erfordern, haben die Provinz 100 000 Mark und die rheinisch-westfälischen Kalkwerke 60 000 Mark bewilligt.

** **(Theater.)** Kommenden Samstag findet die letzte Vorstellung von „Am Brunnen vor dem Tore" statt. In den Hauptrollen sind wieder Rosl Hartmann, Walter Baumhoff und Direktor Weittmann beschäftigt. Bei dem riesigen Beifall, mit welchem das schöne Werk aufgenommen wurde, ist wieder mit einem ausverkauften Hause zu rechnen. Es ist deshalb zu empfehlen, möglichst den Vorverkauf in Anspruch zu nehmen. Das Publikum wird auch gebeten, pünktlich zu erscheinen und nur die Plätze einzunehmen, welche mit der Billettnummer übereinstimmen. Montag findet die Erstaufführung von „Polnische Wirtschaft" statt.

** **(Bei den Postanstalten)** werden täglich sehr viele Briefsendungen nach dem Ausland eingeliefert, die unzureichend freigemacht sind. Dies läßt darauf schließen, daß die Versender mit den hierfür geltenden neuen Gebührensätzen wenig vertraut sind. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß für Briefe nach dem Freistaat Danzig, Luxemburg, dem Memelgebiet, Oesterreich, Ungarn, Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) und nach der ersten Zone des Abstimmungsgebietes Schleswig die neuen Gebührensätze des inneren deutschen Verkehrs gelten. Nach dem übrigen Ausland sind die Gebühren für Briefe bis 20 Gramm auf 80 Pfg. und für jede weiteren 20 Gramm auf 60 Pfg. und die Gebühr für Postkarten auf 40 Pfg. festgesetzt worden. Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere nach andern als den vorgenannten Ländern unterliegen einer Gebühr von 20 Pfg. für je 50 Gramm; die Mindestgebühr beträgt für Warenproben 40 Pfg., und für Geschäftspapiere 80 Pfg. Die Einschreibegebühr beträgt bei Briefsendungen nach den im vorstehenden bezeichneten Ländern 50 Pfg., nach dem übrigen Ausland 80 Pfg.

** **(Erhöhung der Fernsprechgebühren.)** Mit dem 1. Juli treten die neuen Fernsprechgebühren in Kraft. Jeder Fernsprechteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis 15. Juni 1920 zum 1. Juli zu kündigen. Der Uebergang zu einer niedrigeren Gebührenart (von der Pauschgebühr zur Grundgebühr) ist erst zum 1. Oktober zulässig; der Antrag muß drei Monate vorher gestellt werden.

** **(Keine Freifahrt nach Brasilien.)** Das Schicksal der an der Ausreise nach Brasilien verhinderten 92 westfälischen Auswanderer hat gerade zu dem Gegenteil dessen, was sich als Lehre aus ihm ergibt, geführt, nämlich zu einer ganz außerordentlichen Häufung von Anfragen und Gesuchen um Gewährung der Freifahrt nach Brasilien bei dem brasilianischen Generalkonsulat in Hamburg. Wie der Hanseatische Nachrichtendienst hierzu auf das bestimmteste erklären kann, haben diese Gesuche nicht den allergeringsten Zweck, denn die Freifahrt nach Brasilien für deutsche Auswanderer ist bis auf weiteres eingestellt. Der einzige — und zwar der erste und zugleich vorläufig letzte — Transport deutscher landwirtschaftlicher Auswanderer, einer Mitgliedergruppe der Deutschbrasilianischen Wirtschaftsvereinigung, ab Hamburg hat vor einigen Wochen mit dem Dampfer „Curvello" des Lloyd Brasileire stattgefunden. Das brasilianische Generalkonsulat in Hamburg ist außerstande, auf alle die Gesuche zu antworten und die ganze Frage der Auswandererbeförderung nach Brasilien bedarf erst einer neuen gründlichen Klärung.

** **(Kein Vorschuß für Tumultschäden.)** Die Reichsregierung hat die Zahlung von Vorschüssen für Tumultschäden vorläufig abgelehnt und die Betroffenen an die Gemeinden verwiesen, die in dringenden Fällen Vorschüsse leisten können. Die Zahlung der Schäden erfolgt erst nach Prüfung der Verhältnisse durch die eingesetzten Spruchkammern. Viele Geschädigte, namentlich im Ruhrgebiet, werden dadurch stark benachteiligt und haben vielfach keine Möglichkeit, ihre Betriebe wieder aufzunehmen.

** **(Nur 10 Briefmarken auf einmal.)** Briefmarken mit höheren Werten sind durch die wiederholten Erhöhungen der Postgebühren immer notwendiger geworden. Schon bei der vorletzten Portoerhöhung war deshalb in Aussicht genommen, Kupferüberdruck-Marken mit Hilfe der alten Werte herzustellen. Infolge technischer Schwierigkeiten konnte die Reichsdruckerei erst in den letzten Tagen des Monats Mai einen gewissen Vorrat davon herstellen, der jetzt an sämtliche Oberpostkassen verteilt wird. Von diesen Marken konnten aber nur eine geringe Menge gedruckt werden, so daß auf die einzelnen Oberpostdirektionsbezirke nur wenige tausend Bogen entfallen. Um nun ein Ankaufen dieser Sonderausgabe durch die Briefmarkenhändler nach Möglichkeit zu vermeiden, sind die Postanstalten angewiesen worden, an jeden Käufer nicht mehr als 10 Stück von jeder Art abzugeben.

** **(Heiteres aus der Wahlbewegung.)** Kommt ein biederes Männlein und ebenso ein Weiblein zum Wählen. Die Frau, der der Gemahl anscheinend nicht zuverlässig genug in politischer Beziehung ist, will gemeinsam mit diesem hinter das abgekleidete Geheimfach treten. Schnell tritt aber der Wahlvorsteher hervor und erklärt: „Nein, meine Dame, hier ist die einzige Stelle auf der Welt, wo Sie Ihren Mann nicht kontrollieren dürfen."

** **(Ermitteltes Diebesgut.)** Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, den vor einigen Tagen aus dem Betriebe der Firma Rath gestohlenen Motor in Hagen zu ermitteln. Der Verkäufer, Heinrich F. von hier, wurde unter dem dringenden Verdacht, den Motor gestohlen zu haben, bezw. an dem Diebstahl beteiligt zu sein, verhaftet. — In der Hoffmann'schen Fabrik wurde gestern von der Polizei ein großer Ledertreibriemen beschlagnahmt, der vor einiger Zeit auf der Eisen-Industrie gestohlen war. Als mutmaßlicher Dieb wurde der Arbeiter G. von hier verhaftet; derselbe steht auch noch in dringendem Verdacht, einen Zigarettendiebstahl verübt zu haben. — Weiter festgenommen wurden die Angehörigen der ehemaligen hiesigen „Roten Armee" Ewald D. und Wilh. Fl., die beide vom Kriegsgericht steckbrieflich gesucht wurden. Ersterer wurde in Hagen, letzterer auf seiner Arbeitsstelle in Westhofen verhaftet.

** Westhofen, 10. Juni. **(Lebensmittelverteilung.)** In der Woche vom 13. zum 19. Juni gelangt an Lebensmitteln zur Ausgabe: 100 Gr. Margarine, Pfund 12 M., 80 Gramm Gries (ausländ.), Pfund 3,20 M., 125 Gr. Haferfabrikate, Pfd. zu 4,50 M., 125 Gr. Reis, Pfd. zu 8,50 M., 125 Gr. Bohnen, Pfd. zu 4,50 M., 125 Gr. dr. Bohnen, Pfd. zu 2,80 Mark. Kranke erhalten Plasmon in den bekannten Geschäften, das Paket zu 2,20 Mark.

** Wellinghofen, 9. Juni. (Ein Sport, wie er nicht sein soll), besteht darin, daß Schulkinder und auch schulentlassene junge Burschen in den Feldern Drachen steigen lassen und beim Niedergehen derselben in Gärten und Getreidefelder laufen, wodurch viel zertreten und beschädigt wird. Auch das Fußballspielen auf den Wegen, sowie das Kriegspielen verursacht allerlei Flurschäden. Mit Rücksicht auf die Knappheit der Lebensmittel muß der Sport bis nach Beendigung der Ernte unterbleiben. Die Polizeibeamten sind angewiesen, jeden Uebertretungsfall zur Anzeige zu bringen. Für Eltern und Erzieher sollte diese Notiz eine Mahnung sein, die Kinder entsprechend zu verwarnen. Die von der hiesigen Amtsverwaltung eingeleiteten Verhandlungen wegen Schaffung von Spielplätzen schweben noch.

Aus den Provinzen.

* Bochum, 9. Juni. **(Unwahre Selbstbezichtigung.)** Vor einigen Tagen veranlaßte hier ein 22jähriger junger Mann seine Festnahme durch die Selbstbezichtigung, er sei an der Ermordung des Grafen Westerholt beteiligt. Wie sich herausgestellt hat, sind diese Selbstbeschuldigungen weiter nichts als eine eitle Prahlerei, mit denen sich der leichtsinnige Mensch wichtig tun wollte. Er ist aus der Haft wieder entlassen worden.

* **Bonn**, 9. Juni. **(Das hiesige außerordentliche Kriegsgericht ist aufgehoben)** worden. Die noch anhängigen Sachen sollen vom Essener Kriegsgericht erledigt werden. Die bereits Verurteilten wurden nach Wesel gebracht, die noch unter Anklage stehenden Häftlinge nach Essen.

* **Elberfeld**, 9. Juni. **(Die wüste Hetze)**, die das hiesige Blatt der Unabhängigen tagtäglich gegen die staatliche Sicherheitspolizei betreibt, zeitigt ihre Früchte. Wiederholt sind in den letzten Tagen Mannschaften der Sicherheitspolizei überfallen worden. In einem Falle warfen drei Burschen den Polizeibeamten nieder, verhinderten ihn am Schreien, indem sie ihm ein Tuch in den Mund steckten und entrissen ihm seine Waffe. Damit schossen sie auf ihn ein; die Kugel drang durch die Lunge. Der Ueberfallene befindet sich im Lazarett und wird an seinem Aufkommen gezweifelt. Die Täter sind leider unerkannt entkommen.

* **Bielefeld**, 9. Juni. **(Die älteste Wählerin.)** Bielefelds älteste Einwohnerin, die 101jährige Zahlmeisterswitwe Brünnemann, erfüllte ihre Wahlpflicht, indem sie — trotz ihres hohen Alters immer noch rüstig — in der Turnhalle der 5. Bürgerschule an der Großen-Kurfürstenstraße zur Wahlurne schritt.

* **Bad Oeynhausen**, 9. Juni. **(Die Zahl der Kurgäste)** hat bereits das achte Tausend überschritten. Die heutige amtliche Kurliste verzeichnete 8062 Kurgäste, an die 69 760 Bäder verabfolgt wurden, sowie 9339 Durchreisende.

Die Meuterei bei Soest.

WTB **Berlin**, 9. Juni. Ueber die Vorgänge bei der Entwaffnung der Maschinengewehrkompagnie Libau wird zuständigerseits noch mitgeteilt: Als die Mannschaft hörte, daß die Kompagnie aufgelöst werden sollte, weigerte sie sich, dem Befehl nachzukommen. Sie marschierte ohne ihre Offiziere geschlossen nach einem Dorfe in der Nähe von Soest. Um ihre Auflösung durchzuführen, wurden zwei Kompagnien und ein Zug Artillerie mobil gemacht und die Meuterer umstellt. Daraufhin eröffnete die Kompagnie auf die Reichswehrtruppen das Feuer, wobei die bereits gemeldeten Verluste eintraten. Die Reichswehr ging dann gegen die Kompagnie vor und führte ihre Entwaffnung durch. Die Verluste der entwaffneten Kompagnie sind bisher noch nicht bekannt. Die Mannschaft der Maschinengewehrkompagnie Libau wurde interniert, eine strafrechtliche Verfolgung gegen sie ist eingeleitet.

Eine Familie vergiftet.

In **Lüneburg** hat sich in der Familie des Landgerichtssekretärs Töpfer ein Vergiftungsfall ereignet. Die Familie aß zu Mittag von Frau Töpfer zubereitete Eierkuchen mit Marmelade. Bald nach dem Genuß der Speise stellten sich bei der Hausfrau, deren Schwester und den beiden Söhnen Töpfers schwere Vergiftungserscheinungen ein. Aerztliche Hilfe kam für die Schwester der Frau und den ältesten Töpfer, einen Sekundaner, zu spät. Beide erlagen unter furchtbaren Schmerzen der Vergiftung. Frau Töpfer und der jüngere Sohn schweben in Lebensgefahr; erstere ist dem Tode nahe. Landgerichtssekretär Töpfer weilt im Harz zur Erholung. Bisher ist die eigentliche Ursache der Vergiftung nicht festgestellt, doch wird angenommen, daß die Marmelade den Giftkeim in sich hatte.

Viehseuche.

Groß-Gerau (Freistaat Hessen), 9. Juni. Das Massensterben unter den Viehbeständen hat hier einen derartigen Umfang angenommen, daß die Kreisabdeckereien die angelieferten Tierkörper nicht mehr alle verarbeiten und noch viel weniger die gefallenen Tiere aus den Stallungen abholen können. Hunderte von an der Maul- und Klauenseuche eingegangene Ziegen und Rinder werden täglich angemeldet, und dazu kommen noch viele an der Schweinepest zugrunde gegangene Tiere. Im Rhein- und Maingebiet ist kaum noch ein Dorf, kaum ein Stall seuchenfrei. Am schlimmsten sind die Ziegenhalter betroffen. Ueber die Hälfte der Milchziegen ist der Seuche bereits zum Opfer gefallen.

Bunte Chronik.

)(**Redeblüten aus der verflossenen Nationalversammlung** hat die „Frankf. Ztg." zu einem kleinen Sträußchen vereint. Ein Abgeordneter meinte, daß „der Tropfen demokratischen Oeles noch ganz anders herniederrieseln" müsse, während ein anderer davon sprach, daß „dieses ganze Menü noch zu beackern" sei. Ein sächsischer Abgeordneter erklärte, daß „dieser Gedanke kein Volk im Boden finde", während ein anderer „Blüten aus dem Honig" saugen wollte. Eichhorn äußerte sich dahin, daß „die Nachricht die unsaubere Quelle deutlich an der Stirn" trage. Ein bayerischer Bauernführer bezeichnete sich als „Familienvater mit fünf Mäulern". Eine Zentrumsdame erregte mit ihrer Aeußerung zum Kinozensurgesetz: „Die Nationalversammlung kann nicht am Kino vorbeigehen", große Heiterkeit. Ein Rest von den Unabhängigen sprach sich bei der Telephonvorlage dahin aus, daß „das Publikum als melkende Kuh ausgenutzt" werde. Der Reichswirtschaftsminister erklärte gewichtig: „Die Not besteht nicht nur, sie ist sogar vorhanden!" In der Preußischen Landesversammlung sprach einer von „dem Boden, den der Vorredner ausgeführt" habe, und fuhr fort: „Schon vor hundert Jahren, also schon vor dem Kriege . . ." Ein Abgeordneter meinte: „Das Moor ist der schwarze Punkt, wo der Hase im Pfeffer liegt." Ein junger Sozialdemokrat endlich erklärte beim Krüppelfürsorgegesetz: „Sie haben eine besondere Bestimmung für Geisteskranke eingeflochten, aus meinen eigenen Erfahrungen kann ich sagen . . ."

)(**Wahlen mit Festessen.** In dem Dörfchen Burgalben in der Pfalz haben, wie man der „Trierischen Landesztg." schreibt, die Wirte bei den Gemeinderatswahlen für 14 000 Mark Speisen und Getränke an die Wähler auf Veranlassung der Kandidaten kostenlos verabreicht. Zu diesen Kosten bezahlten der neue und der verflossene Bürgermeister 6000 Mark und jeder der Gemeinderäte 500 Mark. Die Wähler wünschten nur, daß alle Tage Wahltag wäre.

)(**Eine halbe Million gestohlen.** Ein großer Einbruchsdiebstahl, bei dem die Täter für rund 500 000 Mark Wertsachen erbeuteten, wurde in der Ansbacher Straße in Berlin W. verübt. Die Wohnungsinhaberin hatte ihre Wohnung auf zwei Stunden verlassen; während dieser Zeit wurden die Räume völlig geplündert. Die Täter stahlen u. a. 90 Stück Silberzeug mit Wappengravierung, zahlreichen Schmuck und zwei Perserteppiche. Die Beute wurde mit einem vor dem Hause haltenden Handwagen fortgeschafft.

)(**Blutiger Kampf zwischen Forstbeamten und Wilddieben.** In den oberhessischen Waldungen des Fürsten von Isenburg-Büdingen ist es zu einem mehrstündigen, regelrechten Gefecht zwischen Forstbeamten und Wilderern gekommen, in dessen Verlauf ein junger Bauernsohn erschossen wurde. Der Vorfall hat in Büdingen eine so starke Erregung gegen die Forstbeamten hervorgerufen, daß 120 Mann Reichswehrtruppen dorthin entsandt wurden, die Ausschreitungen verhindern sollen.

Redende Zahlen?

Die Zentralkasse des Deutschen Kriegerbundes hat in den Jahren 1906/19, seitdem die Wohlfahrtspflege allgemeine Bundesangelegenheit geworden ist, rund 9 618 000 Mark an Unterstützungen gezahlt. Hiervon entfallen 3 458 000 Mark auf die Waisenpflege und 5 160 000 Mark auf Unterstützungen an bedürftige Kameraden und Kameradenwitwen. Das ist erreicht worden mit dem geringen Kopfbeitrag von 24 Pfg. in den Jahren 1906/13 und 34 Pfg. seit 1914, wobei bemerkt werden muß, daß in den Kriegsjahren die eingezogenen Mitglieder, rund 1 Million, beitragsfrei waren. Die Beiträge wurden ergänzt durch die Gewinne wirtschaftlicher Unternehmungen des Bundes, aus denen den Unterstützungszwecken rund 995 000 zuflossen. Damit ist die Unterstützungstätigkeit der Kriegervereine nicht erschöpft. In obigen 9 618 000 Mark treten die weit größeren Beträge der einzelnen Landes-Kriegerverbände und ihrer Unterverbände und Vereine. Im ganzen Reiche leisteten die Deutschen Kriegervereine aus allen ihren Kassen vor dem Kriege jährlich rund 7½ Millionen Mark an Unterstützungen, wahrlich ein stolzer Beweis für die Wohlfahrtstätigkeit des Deutschen Kriegervereinswesens und für seine soziale Bedeutung.

Letzte Drahtmeldungen.

Eigener Depeschendienst.

Das Rätselraten von Spaa.

TU Rotterdam, 10. Juni. Der „U. P. C." meldet aus Paris: Einige Blätter behaupten anläßlich der Meldungen aus Brüssel, daß die Konferenz in Spaa zum dritten Male verschoben werden wird, insbesondere, weil die Alliierten sich noch gar nicht einig sind. Andere Blätter bezweifeln, daß die Konferenz überhaupt jemals stattfinden wird.

Heimkehr aus Rußland.

TU Stettin, 10. Juni. Gestern nachmittag traf ein neuer Transport von Heimkehrern aus Rußland mit dem Dampfer Kiew hier ein. An Bord befanden sich zumeist Kriegsgefangene, 128 Deutsche, 172 Deutsch-Oesterreicher, 236 Ungarn, 23 Rumänen, sowie eine Anzahl Angehöriger anderer Nationen, ferner acht Frauen und Kinder. Die Heimkehrer wurden in der üblichen Weise begrüßt; ihre Weiterreise ist in die Wege geleitet.

Ausweisung aus der Pfalz.

WTB Berlin, 10. Juni. Nach einer Meldung der Abendblätter aus London in der Pfalz wurde Finanzrat Dr. Ronde auf Anordnung der interalliierten Kommission unter Androhung von 1 Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Die Ausweisung erfolgte, weil Dr. Ronde in einer Beamtenversammlung präsidierte, in der eine Entschließung gegen die Willkürherrschaft der französischen Behörden gegenüber der Beamtenschaft zur Annahme gelangte.

Der Aufruhr in Albanien.

Tu Triest, 10. Juni. Die albanesische Aufstandsbewegung nimmt sehr ernste Folgen an. Nach den Nordalbanesen haben sich jetzt auch die südalbanesischen Stämme der Bewegung angeschlossen. Der Aufstand wird von führenden Persönlichkeiten unterstützt.

Tu Rom, 10. Juni. Nach Blättermeldungen haben die Albanier Bostrena und Zebitza in Albanien besetzt. Die italienische Besatzung hat sich auf Valona zurückgezogen. Ein Torpedoboot deckte den Rückzug der Italiener, die einige Verluste erlitten.

Folgen des französischen Generalstreiks

Tu Paris, 10. Juni. Die 640 von der Regierung wegen Anstiftung des letzten Streikes entlassenen Arbeiter haben von der Regierung die Pässe verlangt, um nach Rußland zu gehen, wo die Sowjetregierung sachverständige Eisenbahner gebrauchen könne. Die Pässe werden nicht bewilligt werden.

Verzweifelte Lage Rußlands.

Tu Stockholm, 10. Juni. Nach einer Meldung aus Moskau erklärte Lenin, die Lage Rußlands sei verzweifelt. Die Arbeiter drohten zu verhungern, weil die Bauern kein Korn gegen Banknoten abgeben. Die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit fremden Ländern müsse deshalb möglichst schnell durchgeführt werden.

Neue Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Polen.

Tu Allenstein, 10. Juni. Nach zahlreichen übereinstimmenden und zuverlässigen Meldungen aus Polen plant die polnische Regierung eine neue Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs für die Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli, eine Maßnahme, die durch militärische Notwendigkeiten begründet werden soll. Wie die „Telegraphen-Union" hierzu erfährt, liegen auch an amtlicher Stelle in Berlin gleichlautende Meldungen vor. Eine Verkehrseinstellung, die sich auch auf den polnischen Korridor erstrecken würde, müßte eine Verschiebung des für den 11. Juli angesetzten Abstimmungstermins für Ost- und Westpreußen bedeuten, ein Ziel, auf das die Polen seit langem mit aller Kraft hinsteuern.

Ein Japaner-Massakree in Nikolajewitsch.

Tokio, 10. Juni. Amtlich wird mitgeteilt, daß die japanischen Truppen bei ihrem Einzug in Nikolajewitsch keinen Japaner mehr lebend angetroffen haben. Es wird daher angenommen, daß alle Japaner am 25. Mai bei den Unruhen ermordet sind.

Gruben-Unglück.

Beuthen, 10. Juni. Auf der Zeche „Gottessegen" bei Antonienhütte, dem Fürsten Henkel von Donnersmark gehörend, stauchte gestern bei der Einfahrt in den Schacht die vollbesetzte Förderschale und stieß mit der nach oben kommenden Förderschale zusammen. Von den Insassen der Schale wurden zwei lebensgefährlich verletzt, 2 weniger schwer und 22 leichter.

Büchertisch.

(Alle unter dieser Rubrik besprochenen Bücher sind in der Buchhandlung von Carl Braus zu haben.)

Das Sauerländische Wanderbuch von H. Kracht ist soeben in seiner 4. vollständig umgearbeiteten Auflage im Verlag von Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund erschienen. Für die Gediegenheit des Buches, das sich in seinen früheren Auflagen so schnell Bahn brach, bürgen schon die Namen der beiden Verfasser Kracht — Ewald. Es ist so recht ein Buch aus der Praxis für die Praxis. Es ist der einzige mit erstklassigem Bilderschmuck versehene Führer. Vorzüglich ist auch das Kartenmaterial der 4. Auflage. Außer einer Hauptkarte sind noch 3 große und 5 kleine Einzelkarten, sowie 4 Rundblickkärtchen vorhanden. Der Preis (M. 9,60 einschließlich der Teuerungszuschläge) muß mit Rücksicht auf das Gebotene und die heutigen Verhältnisse als niedrig bezeichnet werden.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Friedr. Hegeler. Druck und Verlag: Carl Braus, beide in Schwerte.

Statt besonderer Anzeige!



Heute mittag 12½ Uhr entschlief nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenen Leiden unsere unvergeßliche, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ww. Heinrich Schewe

Friederike geb. Kramer

im Alter von 74 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen

Westhofen, Bicsefeld, Berghofen, Letmathe, Buchholz, Kirchhörde u. Bonn a. Rh., den 9. Juni 1920. 3430

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. Juni 1920, nachm. 4 Uhr vom Sterbehause, Amtsstrasse 8, aus statt.

Geschäftseröffnung.

Den geehrten Bewohnern von Schwerte und Umgegend teile ich ergebenst mit, daß ich mit dem heutigen Tage Brückstraße 7 ein

Zigarrengeschäft

eröffnet habe. Ich bitte um geneigten Zuspruch.

3376 Friedrich Stöcker.

Paul Wommelsdorf



Schneidermeister

Schwerte, Moltkestr. 40.

Herren- u. Damenschneiderei Maßanfertigung. Umänderungen, Wenden, Reparaturen etc.

Stofflager (Friedenswaare).



Tafel-Schokolade

(100 Gramm- u. 50 Gramm-Tafeln auch in Rippen)

haben für alle Ladengeschäfte unter günstigen Bedingungen bei sofort. Lieferung abzugeben

Gebrüd. Hillers, Schokol.-Fabrik

Gräfrath. 3201

Wächter-Hund

guten, scharfen, nicht bissigen, sucht 3371

Eisen-Industrie zu Menden u. Schwerte

Abt. Ges. Schwerte.

Briefmarken-Alben

vorrätig in der

Buchhandlung Carl Braus

Schwerte (Ruhr).

Gerner & Co.

G. m. b. H.

Hagen i. W., Elberfelderstr. 80, Telefon 2519, Postfach 88.

Abteilung I. **Ständige Ausstellung in neuen Werkzeugmaschinen**

Drehbänke, Hand-Tisch-Säulenbohrmaschinen, Shapingmaschinen, Kaltsägen, Polier- u. Schleifmaschinen für verschiedene Spezialzwecke etc.

Abteilung II. **Reichhaltiges Lager in erstklassigen Werkzeugen.**

Spiral- und Gewindebohrer, Feilen und Raspeln, Kluppen für verschiedene Gewinde nebst Ersatzbacken, Sägeblätter für Hand- u. Maschinensägen, Bohr- und Drehbankfutter, Schiebelehren, Mikrometer, Hämmer und Zangen etc.

Abteilung III. **Allgemeiner Fabrikbedarf.**

Holzriemenscheiben, Wellen- u. Transmissions-Steh- und Hängelager, Schmirgelscheiben und losen Schmirgel, Flaschenzüge, Zahnradpumpen, Oelpumpen, Oelkannen, Staufferbüchsen und Tropföler, Ambosse, Schraubstöcke, Feilenhefte und Hammerstiele, Schrauben, Muttern, Dichtungsartikel, Werkzeugstahl etc.

Mit unverbindlicher Offerte stehen wir gerne zu Diensten

3339 — Besichtigung ohne Kaufzwang. —

Eine gute Drucksache

Durch eine saubere und wirkungsvoll ausgeführte Drucksache haben Sie stets der Konkurrenz gegenüber einen Vorsprung. . . . . .

Geschmackvolle Geschäftsdrucksachen liefert schnell die

Buchdruckerei Carl Braus

Schwerte, Große Marktstraße 3—5.

die beste Empfehlung!



Sommertheater Schwerte.

Dir. Gütschow-Weitmann.

Sonnabend, :: den 12. Juni: ::

Zum letzten Mal!

Am Brunnen vor dem Tore.

Operette in 3 Akten.

Montag, 14. Juni:

Polnische Wirtschaft.

Operette in 3 Akten von Gilbert.

Anfang 8 Uhr.

Preise wie bekannt

Holen b. Schwerte.

E. Herbers

Samstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr werde ich das Gras in meinen Grasmatten (1. und 2. Schnitt) meistbietend verkaufen.

Taschentuch.

Bett mit Matratze und Tisch

zu verkaufen 3432

Westhofen, Niederstr. 15.

Ladenlokal oder Geschäft

mit oder ohne Wohnung in Schwerte zu mieten oder zu kaufen gesucht. 8 Zimmer-Wohnung kann in Tausch gegeben werden.

Schriftliche Angebote unter F. 3390 an die Geschäftsst.

2 anständ. Handwerker

suchen für sofort einfach

möbliertes Zimmer oder Schlafstelle.

Schriftl. Angebote unter F. 3433 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Ketten-Schmied

der Kupplungsringe schweißen soll, zum baldigen Antritt gesucht. 3436

Stahlwerke Brüninghaus

Adtlg. Eisenwerk Westhofen

Westhofen i. Westf.

Neben-beschäftigung!

Kassiererin und Platzanweiserinnen für die Theaterabende gesucht.

Gefällige Offerten an die **Direktion des Sommertheaters** (Westfälischer Hof). 3427

Bekanntmachung.

1. Der Herr Regierungspräsident hat
   a) für den letzten Sonntag vor Ostern
   b) für den letzten Sonntag vor Pfingsten
   c) für die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten

   für alle Geschäftszweige eine Beschäftigung bis zu 8 Stunden zugelassen und die Ortspolizeibehörde ermächtigt, an weiteren 6 Sonn- und Festtagen im Jahre nach den Wünschen der Verkäufer und Käufer, insbesondere der Landbevölkerung für die Erntemonate, einen Geschäftsverkehr in gleichem Umfange wie vorstehend zugelassen. Demzufolge werden folgende weiteren Sonntage bestimmt:
   a) der erste Sonntag im Juni
   b) der erste Sonntag im Juli
   c) der erste Sonntag im August
   d) der erste Sonntag im September
   e) der erste und zweite Sonntag im Oktober.

   Die Geschäftsstunden an diesen Sonntagen werden hierdurch festgesetzt von 8—9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.
2. Für den Totensonntag hat der Regierungspräsident für den Handel mit Blumen und Kränzen einen Geschäftsverkehr bis zu 6 Stunden zugelassen, der von 8—9 Uhr vorm. und von 11 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. festgesetzt wird.
3. An sämtlichen Sonn- und Feiertagen wird für folgende Handelsgewerbe die teilweise Ausübung des Geschäftsverkehrs gestattet:
   a) für den Handel mit Milch von 7½—9½ Uhr vormittags;
   b) für den Handel mit Frischobst von 11½ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags;
   c) für den Verkauf von Back- und Konditorwaren von 11½ vormittags bis 1 Uhr nachmittags;
   d) für den Handel mit Blumen und Kränzen in solchen Geschäften, die ausschließlich Handel mit Blumen und Kränzen betreiben, sowie das Feilbieten dieser Gegenstände auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und anderen öffentlichen Orten von 11½ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Wellinghofen, den 5. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung:

3435 Dresing, kom. Amtmann.

Bekanntmachung

Nach der Feststellung des beamteten Tierarztes ist unter dem Rindvieh-Bestande des Ziegelmeisters Adolf Sprick zu Brünninghausen 8½, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, was hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird, daß über das genannte Gehöft die Sperre angeordnet worden ist. 3434

Wellinghofen, den 8. Juni 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

Dresing,
komm. Amtmann.

Schiefertafeln, Griffel, Griffelhalter, Reißschienen, Winkel, Lineale, Reißzeuge, Hanfgarne, Bindfaden.

Schreibwarenhandlung Carl Braus

Morgen-Mädchen

sofort gesucht. 3419

Rosenweg 6, part.

Ordentliches

Mädchen

für die Vormittagstunden gesucht. 3431

Hüsingstrasse 6.

Ehrliches, evangelisches

Mädchen

von 14—17 Jahren für sofort oder später gesucht. Hotel **„Zur Heimat"** Kleiststraße 4. 3418



Gummi-Mäntel

garantiert wasserdicht

C. Rüller sen.

Münster i. W. 327